

# Dresdener Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: Dresden  
Raden & Comp., Nr. 1208

Hauptredaktion: Göhrn, Staatsbeam., Dresden,  
Bank der Arbeiter, Knospeisen  
und Beamten, R.-O. Dresden,  
Gebrüder Krenhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Einrich von Erbsungen verbundene Art, ist es durch eine starke Einfluß höherer Gewalten, bei der Begeben der Dresdener Volkszeitung keine Anstöß auf Rückzahlung des Bezugspreises ober auf Nachlieferung der Zeitung

**Abonnementpreise:** In Dresden: 6 Monate 4,00 M., 1 Jahr 7,00 M. (incl. Postgebühren).  
**Schriftleitung:** Neustädtel 10, Dresden Nr. 1201, Dresdener Nr. 1201 und 1202.  
**Schriftführer:** Neustädtel 10, Dresdener Nr. 1201 und 1202.  
**Verlagspreis:** 25 M., die 10 mm breite Hofkammerstraße 240 22, 1. r. ungedruckt.  
**Einzelnummer:** 20 Pf. (incl. Postgebühren).  
**Verlagspreis:** 25 M., die 10 mm breite Hofkammerstraße 240 22, 1. r. ungedruckt.  
**Einzelnummer:** 20 Pf. (incl. Postgebühren).

Nr. 199

Dresden, Donnerstag, den 27. August 1931

42. Jahrgang

## Einschränkungen in Berlin

Profilierung der Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke

D. Berlin, 27. August. (Sig. Juntschke.)

Der Magistrat der Stadt Berlin hat angesichts der kritischen Finanzlage beschlossen, den Etat um 20 Millionen Mark zu kürzen. Das Ziel der Ausgabenreduzierung soll vor allem durch eine strengere Organisation der Verwaltung, eine schärfere Kontrolle und den Abbau jeder unnötigen Nebenarbeiten erreicht werden. Soweit es in den Kräften der Stadtverwaltung liegt, sollen u. a. auch geeignete Maßnahmen getroffen werden, die Erleichterungen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft und im Grundstücksverkehr ermöglichen. Die Magistrat der Stadt hat zugleich bereit erklärt, über die Bestimmungen der Kommunalordnung hinsichtlich der Dauer der Wirtschaftsjahre auf insgesamt 20 Prozent ihres Gehaltes zu verzichten.

In den Berliner Schulen wird die Vermaltung des bisherigen fortschrittlichen Systems des nach dem Einkommen gestaffelten Zehntelverhältnisses verlassen und zu dem staatlichen Prinzip der Freibühnen übergehen. Zahlreiche Sonderkurse, Arbeitsgemeinschaften, Ferienkurse werden fortlassen, Junglehrer in den Volksschulen, Lehrkräfte in den höheren Lehranstalten, nichtamtliche Kräfte an den Berufsschulen werden entlassen. Dadurch werden den Schulen die jüngsten und arbeitsfähigsten Kräfte genommen.

An der öffentlichen Wohlfahrtspflege werden einschneidende Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der ergänzenden Fürsorge durchgeführt. Das Lebensniveau der Arbeiterklasse und der Hilfsbedürftigen wird weiter empfindlich herabgemindert. Senkung der Gemeindearbeiterlöhne, Gehaltskürzungen der Beamten werden erwogen und vervollständigen dieses Programms, das nicht bereinigt besteht und von zahlreichen Städten der Gefahr, ihre Haushalte einstellen zu müssen, beweislos in erheblichem Maße durchgeführt worden ist.

## Das englische Sparprogramm

London, 26. August.

Nach dem Tode Gerald befinden sich unter den Sparmaßnahmen, die vielleicht noch im Laufe dieser Woche von der neuen Kabinetregierung aufgestellt werden, folgende Einzelheiten:

1. Eine Prozentsatz Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, wie sie Macdonald in seiner Mundfunkrede vom Dienstagabend erwähnte. Dadurch sollen 250 Millionen Mark eingespart werden.
2. Erhöhung des Wochenbeitrages zur Arbeitslosenversicherung. Der Wochenbeitrag eines Arbeiters beträgt danach von jetzt an einen Schilling anstatt bisher 7 Pence.
3. Eine noch näher festzusetzende Gehaltskürzung für die Lehrer.
4. 150 Millionen Mark Einsparungen im Straßenbaufonds.
5. Kürzung der Ministergehälter über 100.000 M. jährlich um 20 v. H. und der Gehälter zwischen 20.000 und 40.000 M. um 7 1/2 v. H.
6. Überarbeitung der Abgeordnetengehälter von 8000 auf 7000 M.
7. Kürzung der Gehälter der Zivilbeamten um 20 v. H. für die höchsten Gehälter, nach unten gestaffelt.
8. Kürzung im Sold und den Gehältern der Armee, Marine und des Fliegerkorps. Diese Einsparungen würden etwa 150 Millionen Mark ausmachen.
9. Einsparungen beim Gesundheitsministerium in Höhe von 25 Millionen Mark und beim Landwirtschaftsministerium in Höhe von 25 Millionen Mark.

## Die Kampfanlage der Arbeiterpartei

London, 26. August. (Sig. Draht.)

Die gemeinsame Konferenz der Leitung der Labour Party, der Gewerkschaftsleiter und der Parlamentarier ist bischof am Mittwoch, die Regierung Macdonalds darf zu bekämpfen. Die Leitung der Labour Party hat sich nicht in das nationale Kabinet eingemischt, wurde ausdrücklich gebilligt. Der Daily Herald greift die Regierung, die in der Kampfanlage und der liberalen Presse fast durchwegs mit großer Zustimmung aufgenommen worden ist, scharf an. Die Opposition hat die Ansicht, daß es auch andere Wege zur Rettung des Pfunds machen hätte als die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und den geplanten Ausbau. Die Opposition werde im Parlament wahrscheinlich einen eigenen Plan zur Volantierung des Budgets vorbringen.

Am Mittwoch nachmittags fand die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Unter den Ministern besteht volle Übereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen, die, sobald alle Einzelheiten festgelegt sind, bekanntgegeben und in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen.

## Der neue englische Kriegsminister

London, 27. August. (Sig. Junts.)

Der ehemalige Volkshaus in Paris, Lord Cromer, ist zum Kriegsminister ernannt worden. Lord Shaw, der dieses Amt in der Arbeiterregierung inne hatte, hat es abgelehnt, weiter im Amt zu bleiben. Lord Cromer gehört der Liberalen Partei an. Er wurde ernannt gegenüber einem Freieinzelner, daß nicht vor allem der Nachweis zu erbracht werden müsse, daß England keine Staatsfinanzen auf gesunde Grundlage stelle. Cromer hat früher bereits erfolgreich schwierigeren Krisen durchgemacht als die gegenwärtige. Die neue Regierung werde sich aufgeben, sobald ihre Aufgabe erfüllt sei.

# Wirtschaftsnot und Haushalt

Die Krise in England - Macdonalds falscher Schritt

Zimmer mehr und immer deutlicher zeigen sich die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Staats- und die Gemeindefinanzen. Überall ist man mit Duldung an der Arbeit, um einen Ausgleich der Staats- und der Gemeindehaushalte herbeizuführen. Aus Berlin wird gemeldet, daß dort die Tätigkeit der Gemeinde auf sozialem und kulturellem Gebiet in geradezu erschreckender Weise eingeschränkt wird. In Sachsen ordnet die Regierung an, daß der Wohnungsbau völlig stillgelegt wird. Wie übel die Finanzlage des sächsischen Staates ist, der sich in den vergangenen Jahren geordneter Finanzen erfreute, geht auch daraus hervor, daß nur ein Drittel der Gehälter der sächsischen Beamten am 1. September ausgezahlt werden kann.

Nach frühere Wirtschaftskrisen sind nicht spurlos an den Staats- und den Gemeindefinanzen vorbeigegangen, aber wohl kaum jemals hat eine Krise die öffentliche Wirtschaft derartig erschüttert wie die gegenwärtige.

Die Steuereinnahmen sinken gewaltig, auf der anderen Seite aber steigen die in der Krise stark steigenden Ausgaben für die Unterhaltung der Renteinstellen, die man früher in diesem Umfang nicht kannte. Jetzt zeigt sich nur zu deutlich, daß es nicht genügt, wenn die Arbeiterschaft sich soziale Fortschritte erkämpft. Die sozialen Errungenschaften müssen durch eine Finanzpolitik ergänzt werden, die auch in den Zeiten der Not die Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften sichert. Doch die

Durchführung einer solchen Finanzpolitik ist bisher noch immer wieder an der Steuerlast der besitzenden Klassen gescheitert, die es zwar heute nicht mehr wagen können, jeden sozialpolitischen Fortschritt zu verhindern, deren politische Macht aber immer noch stark genug ist, allen weitgehende Eingriffe des Staates in ihren Geldbeutel abzuwehren.

Aber wie wirken all diese Sparmaßnahmen, die heute in Staat und Gemeinde durchgeführt werden, auf die Wirtschaftslage? Wird auch nur das Ziel erreicht werden, die Einnahmen sowohl wie die Ausgaben im Haushalt miteinander in Einklang zu bringen? In den meisten Fällen kommt diese Sparmaßnahme darauf hinaus, daß Menschen, die bisher etwas leisteten, Unterstützungsempfänger werden. An Röhren und Gehältern wird gespart, aber für die Unterhaltung der Arbeitslosen muß noch mehr ausgegeben werden. Die Drückung der Gehälter und der Löhne führt zu einer Verminderung der Kaufkraft großer Teile des Volkes, damit wieder zu einer verringerten Nachfrage und damit wieder zu erhöhter Arbeitslosigkeit. Eine verhängnisvolle Entwicklung, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist.

Und warum eigentlich all diese Sparmaßnahmen? Nehmt es uns an den nötigen Mitteln, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen? Nein, wir haben Überflutungen an Arbeitskräften, an Rohstoffen und Nahrungsmitteln, an Arbeits-

## Umgruppierung in Europa

# Deutschland droht Isolierung

Die Schuld der deutschen Außenpolitik

Am Ende des Weltkriegs erhoben die Massen, die nach einer künftig besseren Sicherung des Friedens verlangten, vor allem zwei Forderungen zur Neugestaltung der Außenpolitik: Vereinfachung der Geheimdiplomatie und des Bündnisystems. Wenn auch in beiden nicht die letzten Ursachen kriegsgefährlicher Verwicklungen zu erblicken sind, so erkannt man doch ganz richtig, daß diese Erscheinungsformen im Rahmen der imperialistischen Politik eine besondere Steigerung der Kriegsgefahren herbeiführen müßten. So berechtigt also diese beiden Forderungen waren, so unerfüllt sind sie doch geblieben: die Wege der Außenpolitik aller Staaten sind mehr als je in ein Labyrinth geirrt, das für die Massen undurchsichtig ist und das System der Einzelbündnisse innerhalb und außerhalb des Völkerverbundes, der ja das einzige Weltbündnis sein sollte, steht jeder in voller Wildheit.

Man kann höchstens feststellen, daß die Bündnisse der Staaten zum Teil heute noch nicht ganz so endgültige Gestalt angenommen haben, wie das im Vorkriegsdeutschland der Fall war, wo sich ja tatsächlich schließlich zwei Lager mit starren Fronten gegenüberstanden. Heute sind die Dinge noch mehr im Fluß. Gerade die letzten Tage haben, durch andere Ergebnisse über Gebühr verdunkelt, in dieser Beziehung Neugruppierungen gebracht, die für die künftige europäische und ganz besonders für die künftige deutsche Politik von ausschlaggebender Bedeutung werden können.

Die deutsche Außenpolitik hat seit 1919 die sogenannte Politik der freien Hand befolgt und damit eigentlich die unglückliche Linie der Vorkriegszeit, wie sie vor allem durch Hilow vertreten worden war, fortgesetzt. Man hat bald mit einer englischen Orientierung geliebäugelt und bald mit einer russischen, hat dann wieder auf Italien und sogar auf Ungarn gehofft und kam sich unendlich schlau vor, wenn man, auf plumbe Weise, einen gegen den andern ausspielen versuchte. Auch in den allerletzten Wochen haben wir so etwas erlebt: der Besuch der Herren Bünning und Curtius in Rom war durchaus keine nebensächliche Angelegenheit, sondern sollte ein Schachzug gegen Frankreich sein, in der Abrüstungsfrage so gut wie in der Frage der allgemeinen politischen Konstellation der Mächte. Doch dieser ganze Plan, der offensichtlich von den aufrüstungswütigen deutschen Militärs eingegeben wurde, in Deutschlands wirtschaftlicher Situation unlagbar dumm und gefährlich war, brauchte wohl nicht erst umständlich bewiesen zu werden; es liegt zu klar auf der Hand.

Wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, vollziehen sich nun in diesen Tagen Ereignisse, die dieser deutschen Außenpolitik für die Zukunft den Boden unter den Füßen wegziehen werden. Ungarn ist in stürzender Weise in Frankreichs Abhängigkeit zu setzen haben.

geraten: das französische Gold glänzt nun einmal verlockender als die schönsten Phrasen unserer Siller und Eugenbergs. Fast im gleichen Moment hat Frankreich mit Rußland Abmachungen getroffen, deren Einzelheiten wir noch nicht kennen und vielleicht auch nicht so bald kennenlernen werden, von denen wir aber schon jetzt sagen können, daß sie die von Deutschland seit Rapallo betriebene Politik vielleicht nicht formal, bestimmt aber tatsächlich illusorisch machen werden. Die Sowjetregierung hat sich dem Lande zugewandt, von dem es gegenwärtig am meisten für die Finanzierung des russischen Fünfjahresplanes erwarten kann; zugleich macht sie sich, um ihre wirtschaftlichen Aufbaupläne in voller Ruhe weiterverfolgen zu können, an die Vereinnahmung der alten Feindschaft mit Polen, für das so vieler von Arbeitslosigkeit betroffene Polen winkt dafür eine stärkere Mitwirkung bei der Industrialisierung Rußlands.

Noch ist im einzelnen nicht abzusehen, welche Folgen diese Umgruppierungen für die europäische Politik haben werden und übrigens sicher auch für die Politik der kommunistischen Parteien in den verschiedensten Ländern, nicht zuletzt für die Politik der KPD, die künftig wohl etwas weniger siegreich Frankreich wird schlagen wollen. Eins aber steht schon heute fest: die Rechnung der zweideutigen und unehrlichen deutschen Außenpolitik hat sich als ein ungeheurer Fehlschlag erwiesen. Was man erreicht hat, ist eine Isolierung Deutschlands, die fast so vollkommen ist wie in den anderthalb Jahrzehnten zwischen 1899 und 1914. Zum zweitenmal hat sich Deutschland selbst „ausgegrenzt“. Das blöde Geschrei der „nationalen Opposition“ bald gegen Frankreich, bald „gegen den Bolschewismus“ hat dabei mitgewirkt.

Diese Entwicklung könnte zum Segen der deutschen und damit der europäischen Politik werden, wenn die deutsche Diplomatie und das deutsche Militär, das schon wieder in so verhängnisvoller Weise an der politischen Führung beteiligt ist, aus diesen Dingen raschestens und gründlichst lernen und erkennen würden, daß für Deutschland nur eine ehrliche und nach allen Seiten absolut friedenswillige Politik von Nutzen sein kann. Leider ist bei der gegenwärtigen Geistesverfassung des deutschen Bürgertums und der Haltung der deutschen Reichsregierung weniger als je auf solche Einsicht zu rechnen. Um so wichtiger ist es, daß die deutsche Arbeiterschaft mit größter Aufmerksamkeit diese Dinge verfolgt, ihren unbewussten Friedenswillen befestigt und mit verstärkter Energie an die Lösung der konkreten Fragen der deutschen Außenpolitik herantritt. Die Verständigung mit Polen und die entschiedenste Bekämpfung der geplanten weiteren Aufrüstung Deutschlands werden dabei zunächst im Vordergrund zu stehen haben.

W. F.